

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 22. Januar 2004 um 18.20 Uhr
im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadratsfraktion:

Stadtrat Weiglein
Stadträtin Wallrapp
Stadtrat Dr. Küntzer

SPD-Stadratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul
2. Bgmin. Gold
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene
Stadtrat Heisel

UsW-Stadratsfraktion:

Stadtrat Müller
Stadtrat Schmidt (außer Ziff. 1, 5)
Stadtrat May

FBW-Stadratsgruppe:

Stadtrat Haag (für Stadträtin Wachter)

KIK-Stadratsgruppe:

Stadtrat Popp

Berufsmäßige Stadträte: Stoppel

Rodamer
Groß

Berichterstatter: Amtfrau Hartmann

Dipl.-Ing. Richter

Protokollführerin: Verwaltungsfachwirtin Rose

Als Gäste:

Bgm. Böhm
Stadträtin Schwab
Stadtrat Dr. Kröckel
Stadtrat Mahlmeister
Stadträtin Richter
Stadtrat Konrad
Stadträtin Schmidt

Entschuldigt fehlten:

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Oberbürgermeister Moser bekannt, dass der Tagesordnungspunkt 4 – Einführung der Anliegerregie (Kanal- und Hausanschlussleitungen) – von der Tagesordnung genommen worden ist, da noch Klärungsbedarf innerhalb der Verwaltung besteht.

Ebenfalls vor Eintritt in die Tagesordnung, dankt Oberbürgermeister Moser allen Helfern der Freiwilligen Feuerwehren, dem BRK, dem THW, für ihren Einsatz beim Brand am Mittwoch Abend in der Oberen Kirchgasse.

1. Städtische Gebäude

Erstellung von Feuerwehreinsatzplänen sowie Flucht- und Rettungsplänen

(Stadtrat Schmidt ist wegen persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich in den Zuhörerraum.)

- A) Stadtrat Müller will wissen, ob das von der Verwaltung vorgeschlagene Angebot auch neue Vermessungen enthält.
Berufsmäßiger Stadtrat Groß erwidert, dass das Angebot auch der Ausschreibung der Verwaltung entspricht.
Stadtrat Weiglein erklärt, dass aufgrund des Leistungsverzeichnisses das Angebot abgegeben werden muss und die Leistungen erbracht werden müssen.

B) – Mit 11 : 1 Stimme –

- 1.) Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
- 2.) Den Auftrag für die Feuerwehreinsatzpläne, sowie Flucht- und Rettungsplänen städtischer Gebäude in Kitzingen, erhält die Gesellschaft für Sicherheitstechnik, Gesundheitsschutz und Koordination, 97729 Ramsthal.
Die Auftragssumme schließt mit 35.090,00 €, einschl. 16% MWSt.
- 3.) Die vorhandenen Mittel stehen auf der HH-Stelle 0.1400.6551 zur Verfügung.

2. Nordtangente BA I:

Eisenbahnüberführung bei Bahn-km 72,460 Planungsvereinbarung mit der Deutschen Bahn AG

A) – Mit 13 : 0 Stimmen –

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen
2. Die vorläufigen Kosten für die Planungsleistungen betragen rd. 156.600,-- €. Die notwendigen Mittel stehen unter HSt. 1.6309.9581 zur Verfügung.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, mit der DB Netz AG eine entsprechende Planungsvereinbarung zu unterzeichnen.

- B) Stadtrat Weiglein will wissen, wann mit der Mitteilung der Bahn AG zu rechnen ist, um die Vereinbarung zu unterzeichnen.
Berufsmäßiger Stadtrat Groß erwidert, dass der zeitliche Ablauf noch verwaltungsin-tern zu klären ist, im nächsten Sitzungsturnus dieser aber vorgelegt werden kann.

3. Haushaltskonsolidierung:

Einsparungsvorschläge für den Stromverbrauch bei der Straßenbeleuchtung

- A) Stadtrat Weiglein bittet im Anschluss an die Ausführungen von Berufsmäßiger Stadtrat Groß, bei neuen Baugebieten und Straßenplanungen künftig darauf zu achten, die erstmalige Installation der Straßenbeleuchtung auf ein Minimum zu reduzieren (Kosteneinsparungen bei den Investitionskosten).
2. Bgmin. Gold regt in diesem Zusammenhang an, auch auf der Konrad-Adenauer-Brücke jede zweite Leuchte auszuschalten.
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene fragt nach rechtlichen Konsequenzen, wenn die Straßenbeleuchtung nicht den DIN-Vorschriften entspricht.
Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel erklärt, dass die Straßenbeleuchtung Aufgabe der Kommune ist und im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zu erbringen ist.

B) – Mit 13 : 0 Stimmen –

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Von den im Sachvortrag aufgeführten Einsparvorschlägen sollen umgehend folgende Vorschläge umgesetzt werden:
 - 2.1 Nordtangente BA II und BA III
 Totalabschaltung jeder 2. Leuchte
Einsparung: 1.880,93 €/Jahr
 - 2.2 Südbrücke Nordseite
 Totalabschaltung
Einsparung: 183,54 €/Jahr
 - 2.3 St 2271
 Totalabschaltung, Beleuchtung nur an den Einmündungen und Auf- und Abfahrten
Einsparung: 3.255,84 €/Jahr
 - 2.4 Johann-Adam-Kleinschroth-Straße
 Totalabschaltung jeder 2. Leuchte
 (derzeit bereits von 21.00 bis 5.00 Uhr außer Betrieb)
Einsparung: 278,18 €/Jahr
 - 2.5 Steigweg
 Totalabschaltung jeder 2. Leuchte
 (derzeit bereits von 21.00 bis 5.00 Uhr außer Betrieb)
Einsparung: 119,22 €/Jahr

2.6 Westtangente

Totalabschaltung jeder 2. Leuchte
(derzeit bereits von 21.00 bis 5.00 Uhr außer Betrieb)

Einsparung: 569,77 €/Jahr

4. Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingena) Jahresabschluss 2003b) Verwendung des Überschusses 2003

- Mit 13 : 0 Stimmen –

a) Es wird davon Kenntnis genommen, dass die Rechnung der Stiftung im Jahr 2003 wie folgt abschließt:

Verwaltungshaushalt	
Einnahmen und Ausgaben	34.628,09 €
Vermögenshaushalt	
Einnahmen und Ausgaben	<u>32.348,39 €</u>
	<u>66.976,48 €</u>

b) Es besteht damit Einverständnis, dass der Überschuss 2003 der Stiftung in Höhe von 15.782,53 € wie folgt verwendet wird:

1. Zuführung zum Vermögenshaushalt	15.782,53 €
2. Auszahlung an den Caritasverband zur zweckentsprechenden Verwendung, zusätzlich zu dem bereits gewährten Aufwendungszuschuss in Höhe von 17.641,10 €	<u>300,00 €</u>
3. Aufstockung des Stiftungsvermögens	<u>15.482,53 €</u>

5. Bausache Hartner:

Tekturantrag vom 19.02.2003 i.d.F. vom 31.07.2003

(Stadtrat Schmidt ist wegen persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich in den Zuhörerraum.)

- Ohne Abstimmung –

Dem Widerspruch des Herrn Hans Hartner gegen den Ablehnungsbescheid der Stadt Kitzingen vom 25.11.2003 wird nicht abgeholfen. Die Unterlagen sind der Regierung von Unterfranken zur Entscheidung über den Rechtsbehelf vorzulegen.

6. Bitte von Stadtrat Müller:

Bürgerversammlung am 19.01.2004 – Hammerstiel

Stadtrat Müller geht auf die Bürgerversammlung vom 19.01.2004 ein und weist noch einmal auf den gefassten Beschluss hin. Er bittet um Überprüfung des gefassten Beschlusses, da er der Meinung ist, dass dieser nicht enthält, dass ein Ersatzbrunnen gefunden und das Wasser fließen muss.

Stadtrat Weiglein macht deutlich, dass es sich bei der Bürgerversammlung eigentlich um eine vorgezogene Bürgerbeteiligung gehandelt hat. Da aber zu einer Bürgerversammlung eingeladen worden ist, hätten auch die Bürger das Recht gehabt, Stellung zu nehmen und Fragen zu stellen. Anstatt dessen haben sehr viele Stadträte Stellung bezogen. Er bemängelt dies.

Stadtrat Müller erinnert sogleich an seinen Antrag, die zuständigen Institutionen (Gesundheitsamt, LKW, Landratsamt usw.) zu einer Stadtratssitzung einzuladen, der allerdings abgelehnt worden ist mit der Begründung, dass eine Bürgerversammlung zu diesem Thema stattfinden soll. Seitens des Oberbürgermeisters sei die Zusage gemacht worden, dass ausnahmsweise auch Stadtratsmitglieder in dieser Bürgerversammlung Stellung beziehen dürfen.

2. Bgmin. Gold erwidert, dass seitens der Stadtratsmitglieder Fragen hätten gestellt werden dürfen und keine Stellungnahmen abgegeben werden sollten.

Der Oberbürgermeister schließt die öffentliche Sitzung um 19.10 Uhr.

Oberbürgermeister
gez.
Moser

Protokollführerin
gez.
Rose